



Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger

Pressemitteilung

Hamburg, 29. Oktober 2020

Künstlergewerkschaft: Finanzielle Hilfe im Lockdown muss schnell und unbürokratisch sein!

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger als Vertretung der Theaterschaffenden appelliert angesichts der gestern von der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin beschlossenen Schließung unter anderem von Theatern und Kultureinrichtungen dringend an Politikerinnen und Politiker: Die zugesagten und heute nochmals von den Ministern Altmaier und Scholz erläuterten Überbrückungshilfen müssen kurzfristig, unbürokratisch und zielgerichtet die Betroffenen erreichen. Für langwierige Antragsverfahren bleibt keine Zeit angesichts der Tatsache, dass Viele vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen. Von den verfügbaren Betriebsschließungen betroffen sind wieder im besondere Maße Solo-Selbstständige, denen erneut sämtliche Aufträge wegbrechen.

Altmaier und Scholz haben für den November eine Summe von insgesamt 10 Milliarden Euro zugesagt, die insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen sollen. Geschlossene Betriebe sollen mit bis zu 75 Prozent des Umsatzes vom November 2019 entschädigt werden. Das halten wir für grundsätzlich begrüßenswert. Offensichtlich scheint inzwischen auch ein Umdenken der Bundespolitikerinnen und -politiker eingesetzt zu haben, die einen fiktiven Unternehmerlohn für Solo-Selbstständige bisher immer abgelehnt und Betroffene auf die Grundsicherung verwiesen hatten. Allerdings soll die geplante Unterstützungsmaßnahme mit den Bundesländern und der EU abgestimmt werden – was auf Zeitverluste hindeuten könnte, die sich die Betroffenen nicht leisten können.

GDBA-Präsident Jörg Löwer: „Wir hoffen, dass die Herren Altmaier und Scholz aus dem ersten Unterstützungspaket gelernt haben und den Zugang diesmal mit weniger bürokratischen Hürden versehen. Von dem damals zur Verfügung gestellten Volumen von rund 25 Milliarden Euro sind bislang erst 2 Milliarden tatsächlich abgerufen worden.

Außerdem können Politikerinnen und Politiker nun beweisen, dass sie Solo-Selbstständigen den immer wieder angekündigten Respekt tatsächlich entgegenbringen und einen fiktiven Unternehmerlohn an den Start bringen!

Klar ist aber auch: Kulturschaffende brauchen eine Perspektive über den November hinaus und längerfristige Konzepte, wie wir mit wiederkehrendem Infektionsgeschehen umgehen können.“

Rückfragen: Jörg Löwer

Tel. 040 4328244-0